

**Beschluss** Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 zur Klimapräsidentschaft machen und Europas Versprechen für Demokratie und Menschenrechte einlösen!

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 16.11.2019  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

- 1 Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 zur Klimapräsidentschaft machen und Europas
- 2 Versprechen
- 3 für Demokratie und Menschenrechte einlösen!
- 4 Ende 2019 nimmt die neue Europäische Kommission ihre Arbeit auf und ihr
- 5 Arbeitsprogramm wird
- 6 wegweisend für die kommenden Jahre europapolitischer Politik. Viele große
- 7 Gesetzesvorhaben
- 8 werden dabei von dem Land verhandelt, das ab dem 1. Juli 2020 die EU-
- 9 Ratspräsidentschaft
- 10 innehaben wird: Deutschland. Deutschland bildet ab dem 1. Juli 2020 bis Ende 2021
- 11 mit
- 12 Portugal und Slowenien die sogenannte Trio-Präsidentschaft. Im zweiten Halbjahr 2020
- 13 hat
- 14 Deutschland die Federführung. Das Trio formuliert gemeinsame Ziele und Prioritäten
- 15 und
- 16 erarbeitet ein konkretes Programm, mit dem sich der Rat während der drei
- 17 Präsidentschaften
- 18 befassen wird.
- 19 Die deutsche Ratspräsidentschaft zur Klima-Präsidentschaft machen
- 20 Im November 2020 findet die übernächste UN-Klimakonferenz (COP26) in Glasgow
- 21 statt, kurz
- 22 davor kommen die UN-Mitgliedstaaten bei der 15. Weltartenschutzkonferenz
- zusammen. Eben in
- dieser Zeit wird Deutschland die Ratspräsidentschaft innehaben. Die EU und
- Deutschland
- müssen diese Chance nutzen und dem ins Stocken geratenen globalen Kampf gegen
- die Klimakrise
- und dem Schutz der Biodiversität neues Leben einhauchen. Noch ist es nicht zu spät,
- dass wir
- das Abkommen von Paris auch wirklich einhalten können, noch können die Aichi-Ziele
- zur
- Bewahrung der biologischen Vielfalt erreicht werden. Dazu muss sich die EU auf
- ambitionierte
- verbindliche Maßnahmen einigen, um in jedem Sektor unseren fairen Beitrag zur
- Erreichung der
- Pariser Klimaschutzziele zu leisten. Wir brauchen endlich einen Aktionsplan
- Biodiversität.
- Es gilt mit positivem Beispiel voranzugehen, um den Handlungsdruck auch auf
- zögernde
- Regierungen in anderen Ländern der Welt zu erhöhen.

23 Doch bislang versagt die Bundesregierung nicht nur national beim Klimaschutz,  
sondern auch  
24 europäisch. Das unambitionierte Klimapaket wird nur noch übertroffen von  
Deutschlands  
25 Blockade bei europäischen Verhandlungen für mehr Klimaschutz. Es darf nicht sein,  
dass  
26 Europa durch die rückwärtsgewandte Klimapolitik der Bundesregierung die  
Europäische Union  
27 lähmt. So wurde zum Beispiel auch auf Betreiben Deutschlands verhindert, dass die  
28 Europäische Investitionsbank, die zukünftige "Klimabank", endlich keine fossilen  
Kraftwerke  
29 mehr fördert. Die EU hat wegen ihrer Wirtschaftskraft und ihrer historischen  
Emissionen eine  
30 höhere Verantwortung. Aktuell ist sie aber vom Vorreiter zum Nachzügler geworden:  
die  
31 Klimaziele reichen zur Einhaltung des Pariser Abkommens nicht aus, und die  
Maßnahmen sind  
32 sogar für die Erfüllung der eigenen Ziele unzureichend. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
wollen eine zu  
33 100 Prozent erneuerbare und energieeffiziente Europäische Union als Treiber für die  
34 internationale Energiewende. Dafür muss das europäische Klimaschutzziel, das sich  
keineswegs  
35 auf dem Pfad der Pariser Klimaziele bewegt, ambitionierter und verbindlich werden:  
wir  
36 fordern 65% Emissionsminderung bis 2030.

37 Ursula von der Leyen hat für ihre ersten 100 Tage einen Green Deal inklusive  
38 Klimaschutzgesetz angekündigt und den designierten EU-Kommissar Frans  
Timmermanns  
39 beauftragt, das Gesetz zusammen mit einem Plan für den europäischen Green Deal zu  
40 erarbeiten. Es wird in die Zeit der deutschen Ratspräsidentschaft fallen, eine  
ambitionierte  
41 Position der Mitgliedstaaten im Rat zu definieren. Im europäischen Klimaschutzgesetz  
sollen  
42 klare Minderungsziele festgelegt werden, deren Erreichung unabhängig im Rahmen  
klarer  
43 Mechanismen überprüft werden soll, es soll direkt notwendige Massnahmen in den  
Sektoren  
44 unterlegen, damit Europa seine Verpflichtungen im Pariser Klimavertrag vollumfänglich  
45 erreicht. Dazu gehören die verbindliche Einbeziehung der Sektoren Flugverkehr und  
46 Schifffahrt ebenso wie die Umstellung der Landwirtschaft, um die Emissionen aus der  
47 Düngerproduktion und Tierhaltung zu minimieren. Ziel der Ratspräsidentschaft muss  
es sein,  
48 dass ein neues europäisches CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel beschlossen wird, das mit dem  
Pariser  
49 Klimaschutzabkommen kompatibel ist und zur Klimakonferenz in Glasgow COP26  
eingereicht  
50 werden kann. Da darf die aktuelle deutsche Politik auf keinen Fall der Maßstab für sein!  
Die  
51 Bundesregierung muss auf europäischer Ebene für einen Mindestpreis im ETS von 40€

52 pro Tonne  
CO2 eintreten.

53 Die neue Europäische Kommission wird wahrscheinlich eine Überarbeitung des  
Europäischen  
54 gesetzlichen Rahmens für Gas vorlegen. Falls es frühzeitig zu einem neuen "Gaspaket"  
kommt,  
55 wird die Bundesregierung die Ratsposition dazu verhandeln müssen. Statt weiter die  
56 Fürsprecherin fossiler Energieträger zu spielen, wie etwa beim Bau der Gaspipeline  
Nord  
57 Stream 2, sollte die Bundesregierung den Blick endlich in die Zukunft richten und die  
58 Europäische Energiewende mit aller Kraft vorantreiben. Wir wollen keine weiteren  
Gelder für  
59 fossile Infrastruktur ausgeben, sondern in den Ausbau der Erneuerbaren Energien und  
eine  
60 Verbesserung der Energieeffizienz investieren und gezielt Power-To-X Technologien  
fördern.  
61 Dafür muss Europa zu einem gemeinsamen Großmarkt auf der Basis von Erneuerbaren  
62 zusammenwachsen.  
63

64 Wir brauchen außerdem nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa einen  
vollständigen  
65 Kohleausstieg. Während in Deutschland dafür die Milliardenpakete geschnürt werden,  
sieht es  
66 auf europäischer Ebene dafür mau aus. Der deutsche Kohleausstieg - teuer, langsam,  
67 rückwärtsgewandt - ist schlecht gemacht. Viel Geld für wenig Transformation und  
wenig  
68 Zukunft und somit kein Vorbild für andere, auch weniger reiche Mitgliedsstaaten. Aber  
wir  
69 wissen auch: die Transformation gibt es nicht umsonst. Dabei ist klar: auch andere  
70 europäische Kohleregionen zum Beispiel in Polen werden Unterstützung für die  
Transformation  
71 brauchen. Hier kann und muss die EU die wirtschaftlich schwächeren Länder beim  
Ausstieg  
72 unterstützen. Der nun anvisierte "Just Transition Fund" im EU Haushalt muss  
auskömmlich  
73 finanziert sein als Teil des Green Deals, an verbindliche Abschaltpläne gekoppelt  
werden,  
74 nur zukunftsfeste Investitionen unterstützten und die Beschäftigten im Blick haben.  
75

76 Die grüne Transformation der europäischen Wirtschaft und Gesellschaft muss aber als  
77 Querschnittsthema im nächsten EU-Haushalt gestaltet werden. Auch hier kommt es  
auf die  
78 deutsche Regierung an aus dem Kohleausstieg ein europäisches Projekt zu machen!  
Wir brauchen  
79 ein Divestment-Programm und ein Climate Mainstreaming für den EU-Haushalt.  
Nachdem mit der  
80 Photovoltaik eine Schlüsselindustrie des 21. Jahrhunderts ohne Federlesens anderen  
81 Volkswirtschaften überlassen wurde, gilt es, mit einer europäischen  
Wasserstoffstrategie  
82 Know-How und zukunftsfähige Arbeitsplätze in der EU zu halten.

83

84 Die Landwirtschaft produziert heute größtenteils nach Bedingungen, die in eine  
Sackgasse für  
85 Bäuer\*innen, für Umwelt und Klima führen. Wir müssen dieses System grundsätzlich  
ändern, so  
86 dass ein umwelt-, tier- und klimafreundliches Wirtschaften sich eher lohnt als  
87 industrialisierte Landwirtschaft. Die Agrarpolitik der Bundesregierung wie auch die EU-  
88 Agrarpolitik tun aber genau das nicht und leisten so ihren Beitrag, die Klimakrise  
89 anzuhetzen. Wir fordern daher einen radikalen Umbau der EU-Agrarförderung (GAP)  
sowie eine  
90 Qualifizierung der Gelder der Europäischen Agrarpolitik: Öffentliche Gelder sollen  
91 qualifiziert und spätestens ab 2027 nur in öffentliche Leistung investiert werden.  
Gefördert  
92 werden soll dann nur noch eine klima- und tiergerechte, arten- und umweltschützende  
93 Landwirtschaft.

94

95 Deutschland hat über den Europäischen Rat Einfluss und Möglichkeit, diesen  
Systemwechsel in  
96 der EU-Agrarpolitik einzufordern und muss seine Ratspräsidentschaft nutzen, um  
endlich einen  
97 Kurswechsel im Bereich der EU-Agrarförderung einzuleiten, um eine klimagerechtere  
98 Landwirtschaft voranzubringen.

99 EU Haushalt stärken

100 Momentan verhandelt das Europäische Parlament mit Kommission und Rat das Budget  
der  
101 Europäischen Union für die kommenden Jahre. Trotz eines ambitionierteren  
französischen  
102 Vorschlags möchte Deutschland daran festhalten, dass nur 25% der gesamten  
Ausgaben des  
103 Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 der EU einen Beitrag zur Erreichung der EU-  
Klimaziele  
104 leisten sollen. Der Umweltausschuss hat sich im September allerdings für einen  
40%igen  
105 Anteil für Klimaschutz-Investitionen ausgesprochen; wir GRÜNE fordern 50%. Für die  
EU-  
106 Außenfinanzierung fordern wir 40 Prozent fürs Klima und 10 Prozent für Biodiversität,  
damit  
107 die EU künftig deutlich mehr für Finanzierungsbedarfe in Entwicklungsländern  
bereitstellt.  
108 Damit würde die EU endlich einen fairen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung  
im  
109 Kontext der UN Klimaverhandlungen leisten. Finanzminister Scholz sollte sich auf  
Bundesebene  
110 dafür einsetzen, dass die Blockade der deutschen Regierung für mehr Klimaschutz im  
Haushalt  
111 der Europäischen Union endlich aufbricht. Angesichts der globalen Klimakatastrophe  
haben wir  
112 keine Zeit mehr zu verlieren. Es darf keine falsche Zurückhaltung beim Schutz unserer  
113 Lebensgrundlagen geben. Unser Planet und wir können nicht auf den nächsten

Mehrjährigen

- 114 Finanzrahmen in acht Jahren warten. Dann wird es zu spät sein.
- 115 Die neue Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen fordert 1.000 Milliarden Euro  
für den
- 116 Klimaschutz in der Europäischen Union. Der Europäische Rechnungshof fordert sogar  
das
- 117 Zehnfache. Doch die deutsche Bundesregierung hält am 1-Prozent-Ziel als Anteil am  
118 Bruttonationaleinkommen (BNE) für den europäischen Haushalt fest, und möchte an  
den Ausgaben
- 119 aber auch nichts ändern. Gleichzeitig trägt die Bundesregierung in der EU zur  
Blockade
- 120 wichtiger Maßnahmen gegen Steuerdumping bei, die einen größeren EU-Haushalt  
gegenfinanzieren
- 121 könnten. Wir fordern die deutsche Bundesregierung auf für mehr europäische  
Investitionen in
- 122 Klima, Digitalisierung und Zusammenhalt einzustehen und das 1%-Ziel bei den  
Verhandlungen
- 123 zum mehrjährigen Finanzrahmen aufzugeben. Die Bundesregierung schadet mit ihrer  
124 Hardlinerposition der Europäischen Union. Wer den EU-Haushalt zusammenkürzen will,  
wird die
- 125 Klimakrise nicht stoppen und verschärft die soziale Spaltung auf unserem Kontinent.  
Wir
- 126 GRÜNE wollen in einem ersten Schritt 1,3% BNE für den EU-Haushalt bereitstellen und  
den EU-
- 127 Haushalt durch eigene Einnahmequellen unabhängiger machen.
- 128 Was in Deutschland die Fixierung auf die schwarze Null ist, das ist in der Europäischen  
129 Union das 1-Prozent-Ziel. Ein Aufbruch für Europa sieht ganz anders aus.
- 130 Die Europäische Investitionsbank (EIB) zur Klimabank machen: ‚Energy Efficiency First‘
- 131 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treibt gemeinsam mit unseren Freund\*innen aus Europa die  
Debatte über
- 132 eine neue Finanzierungspolitik der Europäischen Investitionsbank (EIB) an.  
Deutschland
- 133 gehört zu den größten Geldgebern der Bank. Wir begrüßen den Vorschlag der EIB für  
ihre
- 134 geplante Darlehenspolitik im Energiebereich, die Finanzierung von Projekten mit  
fossilen
- 135 Brennstoffen einzustellen sowie alle Bemühungen, die Aktivitäten der EIB mit den  
Zielen des
- 136 Pariser Klimaabkommens in Einklang zu bringen. Es braucht allerdings mehr ehrgeizige
- 137 Schritte um die EIB in eine Klimabank zu verwandeln. Dazu braucht die EIB mehr  
Eigenkapital,
- 138 um innovative Technologien in großem Umfang zu finanzieren zu können und eine  
139 Managementkultur, Risiken einzugehen, die Privatinvestor\*innen noch nicht tragen  
wollen.
- 140 Einen schnellen Fossil-Ausstieg unterstützen wir voll und ganz.
- 141 Europas Versprechen für Demokratie und Menschenrechte einlösen

142 Die deutsche Ratspräsidentschaft muss während der Ratspräsidentschaft einen  
Schwerpunkt auf  
143 die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie setzen. Europas Werte basieren  
auf der  
144 Grundrechtecharta: Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und  
Menschenrechte.  
145 Dieses Jahr wird die Grundrechtecharta zehn Jahre. Ein Grund zu feiern! Aber die  
146 Einschränkung von Wissenschaftsfreiheit, autoritäre Justizreformen, Korruption, die  
147 Einschränkung von Pressefreiheit und Demonstrationsrecht und zivilgesellschaftlicher  
Akteure  
148 in vielen Mitgliedsstaaten zeigen: Demokratie, Freiheit, Gleichheit und  
Rechtsstaatlichkeit  
149 sind nicht in Stein gemeißelt. Sie gilt es immer wieder neu zu erkämpfen, zu schützen  
und zu  
150 bewahren.  
151  
152 Wir fordern, dass sich die deutsche Ratspräsidentschaft für eine Reform der  
153 Grundrechtecharta einsetzt. Ihr Anwendungsbereich soll so ausgeweitet werden, dass  
alle  
154 Bürger\*innen der EU die in der Charta enthaltenen Grundrechte im national  
vorgesehenen  
155 Instanzenweg auch gegenüber ihren jeweiligen Nationalstaaten einklagen können. Das  
würde sie  
156 massiv stärken und die Möglichkeiten verbessern, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit  
zu  
157 verteidigen, gerade in den Ländern, in denen diese Prinzipien angegriffen werden. Sie  
gilt  
158 es immer wieder neu zu erkämpfen, zu schützen und zu bewahren. Die  
Grundrechtecharta muss  
159 dabei uneingeschränkt auch in der digitalen Sphäre durchgesetzt werden.  
160  
161 In Zeiten von erstarkendem Rechtspopulismus stärken wir gezielt die demokratischen  
Kräfte in  
162 den betroffenen Mitgliedsstaaten. Darum fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wenn  
Regierungen in  
163 Mitgliedsstaaten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit schwerwiegend, systematisch und  
164 dauerhaft, unter anderem durch Korruption, untergraben, soll die EU-Kommission den  
165 nationalen Regierungen die Kontrolle über die Vergabe von EU-Geldern entziehen  
können. Ein  
166 Entzug von Fördermitteln soll jedoch nicht die breite Bevölkerung treffen sondern nur  
die  
167 Regierungen, die demokratische Prinzipien verletzt haben. Deshalb wollen wir, dass  
dem  
168 betreffenden Mitgliedsstaat nicht pauschal Mittel gestrichen, sondern dass sie  
zielgerichtet  
169 eingefroren und direkt verwaltet von der Kommission an die Kommunen und andere  
170 Fördermittelempfänger ausgegeben werden. So könnte das Geld weiterhin dort  
ankommen, wo es  
171 gebraucht und sinnvoll verwendet wird, aber die Vergabemacht läge nicht mehr bei  
den

172 nationalen Regierungen. Das muss im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen unter  
deutscher  
173 Ratspräsidentschaft verankert werden.

174 Bereits bestehende Instrumente der EU zur Sicherung von Rechtsstaatlichkeit und  
Demokratie,  
175 wie der EU-Rechtsstaatsmechanismus, müssen weiterentwickelt werden. Deutschland  
hat die  
176 Aufgabe, dies zu einer der Kernaufgaben der Ratspräsidentschaft zu machen. Ein  
wirksamer  
177 Rechtsstaatsmechanismus braucht klare Kriterien, unabhängige Untersuchungen und  
echte  
178 Sanktionsmöglichkeiten. Darunter verstehen wir einen umfassenden, alle  
Mitgliedsstaaten  
179 einschließenden und jährlichen Bericht über Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch  
eine  
180 unabhängige Kommission, die sich aus den Nationalen Parlamenten und dem  
Europäischen  
181 Parlament ernannten Verfassungsexperten zusammensetzt.

182 Bei akuten und gravierenden Verletzungen von demokratischen Prinzipien und  
183 Rechtsstaatlichkeit durch einzelne nationale Gesetze erstellt die "Rechtsstaats-  
Kommission"  
184 Ad-hoc-Berichte und schlägt der Europäischen Kommission Reaktions- und  
185 Sanktionsmöglichkeiten vor. Doch Sanktionen alleine reichen nicht aus: Wir wollen  
186 Rahmenbedingungen für Zivilgesellschaft, Medien und politische Pluralität in der EU  
stärken.

187 Um aktiv und gemeinnützig agierende Akteur\*innen zu schützen, sollte die deutsche  
188 Ratspräsidentschaft sich für die Schaffung eines europaweiten Vereins- und  
189 Gemeinnützigkeitsrechts einsetzen.

190 Dabei schauen wir auch auf uns in Deutschland selbst: Urteile des EuGH dürfen  
191 Mitgliedstaaten der EU nicht ignorieren. Vertragsverletzungsverfahren laufen auch  
gegen  
192 Deutschland. Dabei muss gerade Deutschland während der Ratspräsidentschaft  
zeigen:  
193 Vertragsverletzungsverfahren nimmt die Bundesregierung ernst und beendet den  
andauernden  
194 Verstoß zum Beispiel gegen die EU-Nitratrichtlinie.

195 Stärkung der Menschenrechte innerhalb und außerhalb der EU  
196

197 An den europäischen Außengrenzen verletzen Mitgliedsstaaten systematisch  
europäisches Recht.

198 In Ländern wie Kroatien wird Menschen ein rechtsstaatliches Verfahren verweigert.  
199 Geflüchtete werden durch kroatische Grenzbeamte misshandelt, beraubt und illegal  
wieder in  
200 Drittstaaten zurückgeschickt. Die deutsche Ratspräsidentschaft muss sich gegen die  
201 Menschenrechtsverletzungen an den Außengrenzen stellen und Maßnahmen ergreifen,  
solche  
202 Situationen zu verhindern. Statt willkürliche Grenzkontrollen im Schengenraum  
durchzuführen

203 sollten wir uns verstärkt darum kümmern, dass im Schengenraum keine  
204 Menschenrechtsverletzungen mehr geduldet werden.

205 Menschen auf der Flucht sind kriminellen Strukturen und Gewalt schutzlos ausgesetzt.  
Auch  
206 innerhalb Europas, etwa in den überfüllten Lagern auf den griechischen Inseln werden  
die  
207 Menschenrechte von Geflüchteten durch das Fehlen einer solidarischen  
Verteilungspolitik in  
208 Europa massiv verletzt. Die Einführung eines Ad-Hoc-Verteilungsmechanismus  
zwischen vier EU-  
209 Staaten wäre ein Schritt in die richtige Richtung gewesen. Die Bundesregierung muss  
ihre  
210 Ratspräsidentschaft nutzen, um einen gemeinsamen solidarischen  
Verteilmechanismus und auch  
211 die Europäische Unterstützung aufnahmebereiter Kommunen voranzubringen.

212 Die EU-Kommission wird eine neue Antidiskriminierungsrichtlinie vorlegen, die  
213 Diskriminierung außerhalb des Arbeitsmarktes für alle Diskriminierungstatbestände  
verhindern  
214 und ahnden soll. Hier sollte die deutsche Ratspräsidentschaft eine ambitionierte  
215 Ratspositionierung ermöglichen. Dies ist besonders wichtig vor dem Hintergrund, dass  
die  
216 deutschen Regierungen der letzten Jahre immer eine solche  
Antidiskriminierungsgesetzgebung mit  
217 verhindert haben.

218 Außerdem kann die deutsche Ratspräsidentschaft mit Blick auf Gleichberechtigung die  
219 angekündigten Initiativen für Lohngleichheit und gegen Gewalt an Frauen gestärkt und

220 konkretisiert werden. Hier braucht es ambitionierte Gesetzgebung statt weiterer  
221 Koordinierungsprozesse. Die von Ursula von der Leyen angekündigte Richtlinie gegen  
222 geschlechterbezogene Gewalt muss vorgelegt werden, statt wieder in der Schublade  
zu  
223 verschwinden. Wir fordern, dass die Bundesregierung ihre Ankündigung wahr macht  
und eine  
224 Initiative für nachhaltige Lieferketten startet. Es braucht verbindliche Regeln, die  
225 sicherstellen, dass unsere Lieferketten frei von Menschenrechtsverletzungen und  
226 Umweltverbrechen sind.

227

228 Wir treten für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik ein, die sich  
für  
229 Menschenrechte stark macht. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass Verteidiger\*innen  
von  
230 Menschenrechten und Demokratie, Hinweisgeber\*innen, aber auch  
Bürger\*innendialoge mehr und  
231 unbürokratischer gefördert und geschützt werden. Eine konkrete Aufgabe für die  
deutsche  
232 Ratspräsidentschaft wird es sein, den Aktionsplan für Menschenrechte und Demokratie  
des  
233 Europäischen Rates voranzutreiben. Menschenrechte müssen bei allen EU-  
Handelsverträgen

234 verbindlich verankert und ihre Verletzung einklagbar sein. Weiterhin sollte die  
235 internationale Vernetzung und der Austausch von zivilgesellschaftlichen  
Organisationen  
236 unterstützt werden. Humanitäre Hilfe darf weder außerhalb noch innerhalb Europas  
237 kriminalisiert werden. Bei dem angekündigten Aufschlag für eine gemeinsame  
Migrations- und  
238 Asylpolitik wird es entscheidend auf die Bundesregierung während der  
Ratspräsidentschaft  
239 ankommen, hier die Menschenrechte, das Recht auf Asyl und die Einhaltung von  
internationalem  
240 Recht durchzusetzen.

241 Eine Umwidmung der Entwicklungszusammenarbeit zur Migrationsabwehr -  
beispielsweise durch  
242 Migrationsmarker bei Entwicklungszusammenarbeitsprojekten, Mindestausgaben für  
243 Migrationsmanagement in Entwicklungszusammenarbeitsinstrumenten, Nutzung von  
EU-Trust-Funds  
244 für die Unterstützung von Grenzpolizei von Staaten, in denen Menschen- und  
Flüchtlingsrechte  
245 nicht gewahrt sind, oder migrationspolitischen Bedingungen für die Bewilligung von  
246 Entwicklungszusammenarbeitsgeldern - lehnen wir ab. Wir setzen uns dafür ein, dass  
die  
247 Ratspräsidentschaft das ebenfalls tut.